

WALTER RÖSLER

EIGENTUM – EINE GRUNDFRAGE DER SOZIALISTISCHEN BEWEGUNG

Die Lösung der jahrtausendealten Eigentumsfrage als Grundanliegen der Sozialisten aufzufassen, das führt keineswegs notwendig zur radikalen Abschaffung jedes Privateigentums oder gar zu seiner dauerhaften Ersetzung durch Staatseigentum. Wir sollten den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben wollen. Doch ein Vernachlässigen der Eigentumsfrage in einem Parteiprogramm wäre unzulässig, zumal die Bedingungen für ihre Lösung seit längerem heranreifen. Eigentumsverhältnisse konstituieren die gesellschaftliche Stellung aller Menschen und bestimmen das Maß einer möglichen menschlichen Emanzipation.

DAS KERNPROBLEM: ANEIGNENDES ARBEITEN UND TÄTIGSEIN. DIE EIGENTUMSFRAGE IN MENSCHHEITSGESCHICHTLICHER SICHT

Leben ist Aneignen in jedem Sinne des Wortes, notierte Marx in den Manuskripten von 1844: «Der Mensch eignet sich sein allseitiges Wesen auf eine allseitige Art an ... Jedes seiner ... Verhältnisse zur Welt, Sehen, Hören, Riechen, Schmecken, Fühlen, Denken, Anschauen, Empfinden, Wollen, Tätigsein, Lieben, kurz, alle Organe seiner Individualität, ... sind in ihrem Verhalten zum Gegenstand die Aneignung desselben.» (MEGA I. 2:268)

In der Frühgeschichte haben Menschen allein und in Gemeinschaften für sich selbst gejagt, gesammelt und produziert. Unmittelbare Aneignung zur eigenen Bedürfnisbefriedigung war der einzige Zweck ihres Tuns. Aneignen und Tätigsein waren ununterscheidbar identisch.

Mit der neolithischen Produktivkräftevolution wurde produktives Arbeiten zur Hauptaneignungsform. Lange noch wurde auch hier nur unmittelbar aneignend gearbeitet. Und Aneignen war nun erst recht das Bestimmende, Übergreifende und Wesentliche der oft noch qualvollen körperlichen Arbeit. Aneignendes Arbeiten wurde die grundlegende menschliche Seinsweise. Mit der Arbeitsteilung kam die individuelle Arbeitsweise von spezialisiert Tätigen auf, die mit eigenen Werkzeugen und mit ihnen zur Nutzung überlassenem Gemeineigentum produzierten. Sie wurden zu bewußten Subjekten ihrer Arbeit und Schöpfern ihrer selbst in ihrer

Individualität, weil Aneignen der Sporn ihres Tuns war. Die menschliche Produktivität und mit ihr Individualitätsentwicklung kamen voran. Jeder stellte sich selbst Ziele und Aufgaben, entwarf gewünschte Produkte gedanklich und war engagiert und lernwillig tätig. Zu eigen waren ihm nicht nur sein Produkt, sondern auch seine Arbeit, er selbst in seiner individuellen Entwicklungsfähigkeit, sein Verhältnis zu den Kooperationspartnern sowie das Wissen und die Erfahrung der menschlichen Gemeinschaft.

Doch als mit fortschreitender Arbeitsteilung und verbesserten Produktionsinstrumenten ein stabiles Mehrprodukt über den Existenzbedarf der Arbeitenden hinaus erzeugt wurde, begann es sich eine Minderheit anzueignen, die sich nun erstmals nur geistigen, leitenden und militärischen Aufgaben in einer aus sich verflechtenden Stammesverbänden entstehenden Gesellschaft widmen konnte und mußte. Arbeiten und Aneignen wurden bald immer konsequenter voneinander getrennt. Es bildete sich das große Privateigentum an Produktionsmitteln in der Hand einer nichtarbeitenden Minderheit heraus. Der Gegensatz zwischen nichtarbeitenden Eigentümern und eigentumslos Arbeitenden, und damit auch von leitender und ausführender sowie von materieller und geistiger Arbeit entstand. Arbeitende erhielten nur das existenznotwendige Produkt. Nichtarbeitende eigneten sich deren Mehrprodukt und Mehrarbeit als ihren Reichtum und ihre arbeitsfreie Zeit an.

Das war und ist der – bis in jüngste Zeit notwendige – Grundwiderspruch der Menschheitsgeschichte! Er brachte barbarische Auseinandersetzungen hervor. Die Arbeitenden widersetzten sich oft vehement der einst sinnlich wahrnehmbaren Abgabe des von ihnen erarbeiteten Mehrprodukts in stofflich-gegenständlicher Gestalt. Sie konnten nur mit außerökonomischem Zwang unterworfen und oft nur notdürftig diszipliniert werden. Es geschah mit Stöcken, Peitschen, Knüppeln und mit dem Schwert, und vor allem auch mit amtskirchlich-inquisitorischem Glaubenszwang, ihre Ausbeutung als gottgewollt anzunehmen.

Auf diesen Grundwiderspruch gründete sich also auch das Gesetz der Menschheitsgeschichte seit Jahrtausenden: Die

arbeitenden Massen mußten zur Entwicklungslosigkeit verdammte bleiben, damit eine nichtarbeitende Minderheit sich selbst völlig frei und mit ihr auch die materielle und geistige Menschheitskultur voranentwickeln konnte, die aber eines Tages die volle Entfaltung aller Menschen möglich und notwendig machen würde (Vgl. dazu: MEW 3:417; 19:17, 103f; 20:168f, 262f; 26.3:93; MEGA II.3.1:167ff).

Im Kapitalismus wurde die Mehrproduktaneignung erstmals undurchsichtig. Rechtlich freie, gleiche und selbstverantwortliche Lohnarbeiter werden nun anscheinend für jede Stunde und jedes Stück bezahlt. Es stimuliert sie zu einem gewissen Leistungsverhalten. Sie können für höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen auch kämpfen und manches erreichen sowie ihr individuelles Leben erstmals weitgehend selbstbestimmt führen.

So undurchsichtig aber die Aneignung des Mehrprodukts durch die Kapitaleigner auch sein mag. Mit dem enormen Produktionsumfang, mit der Umwandlung der Produktion in Wissenschaftsanwendung und somit auch mit den Ansprüchen an Bildung, Intellektualität, Kreativität und Schöpferium der Arbeitenden wird die mit ihrer Enteignung vom Mehrprodukt einhergehende Entfremdung von ihren Produkten, von ihrer Arbeit, von sich selbst, von ihren Mitmenschen und also auch von den kreativ-schöpferischen Inhalten moderner Produktion ökonomisch um so hemmender. Ihre ökonomische Stellung und ihre politischen Freiheiten befähigen die Proletarier zwar viel besser als ihre plebejischen Vorfahren zu erfolgreichen Aktionen (Vgl. dazu auch: MEGA II.36:2133-2137; II.4.1:90-110). Doch vor allem auch mit einer sozial differenzierenden Volksbildung wird unterbunden, daß sich das systemsichernde Bildungsmonopol einer Minderheit auflöst und die Arbeitenden sich intellektuell befähigen, ihre Zukunft vollends in die eigenen Hände zu nehmen. Obwohl mit steigender Produktivität der Wirtschaft nun auch alle Bedingungen für die Überwindung des jahrtausendealten Grundproblems der Menschheit entstehen, verteidigt eine Minderheit ihr jetzt überlebtes Aneignungs-, Herrschafts-, Reichums-, Privilegien-, Kultur- und Bildungsmonopol weiterhin erbittert und auch recht raffiniert. Freiwillig will sie es nicht aufgeben, obwohl sie sich damit nun auch selbst immer mehr einengt.

Das große Privateigentum muß also aufgehoben werden. Es geht nicht mehr an, daß die Arbeitenden mehr nur ihre Existenzbedürfnisse befriedigen können, aber ihre individuellen Entwicklungsbedürfnisse, die sie meist auch noch nur mangelhaft erkennen, allenfalls ungenügend realisierbar bleiben.

Die notwendig werdende allmähliche Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums impliziert drei Wandlungen: Negare, conservare und elevare. Überwinden, Aufbewahren und Erheben. Überwunden werden muß erstens möglichst sofort die jetzige Entfesselung rücksichtslosester Profitmacherei, brutalster Konkurrenzkämpfe und der immer heimtückischeren Kriminalität in einer zügellosen gewordenen Wirtschaft, und zweitens schrittweise auch die demotivierende Trennung und Entgegensetzung von Arbeiten und Aneignen, die kapitalistische Ausbeutung, welche die Persönlichkeitsentwicklung der Arbeitenden beschränkt. Aufbewahrt werden müssen die schon vorhandenen Formen des arbeitenden Aneignens und die bisher mächtigste Initiative von Privateigentümern in einer Marktwirtschaft. Höhergehoben werden muß diese Initi-

ative, indem sie alsbald zur Initiative von Millionen individuell und kollektiv arbeitender Eigentümer wird.

Ein demokratisch-sozialistischer Transformationsprozeß müßte also die Überwindung jenes Privateigentums einleiten, auf dem sich der Gegensatz von Arbeiten und Aneignen und die Trennung von leitender und ausführender sowie von materieller und geistiger Arbeit begründen. Er muß der Konstituierung eines neuen Gesetzes der Menschheitsgeschichte die Bedingungen schaffen, das die freie, universelle Individualitätsentfaltung eines jeden zur Bedingung für den Fortschritt aller und der ganzen Weltgesellschaft macht (MEW 3:35, 46-68; 4:482).

Diesem Verhältnis würde am Ende aber auch der alte Typ des kleinen Privateigentums im Wege stehen, der die Eigentümer voneinander isoliert, sie gegeneinander zu konkurrieren zwingt und so die Entfremdung zwischen Menschen ebenfalls fördert. Vermutlich wird aber das selbstbestimmte individuelle Arbeiten in eigenen Ateliers, Büros, Labors und Werkstätten als eine Bewegungsform der freien Entwicklung eines jeden sich künftig noch enorm ausbreiten. Es kann durchaus auf individuellen Eigentumsformen beruhen, die schon kein entfremdendes Privateigentum im alten Sinne mehr sein müssen. Die DDR brachte dafür übrigens einige nicht ganz uninteressante Modelle hervor.

Aber vielleicht doch lieber «Sofort weg mit dem Alten und was Neues hingestellt.»? Im Übergang zum demokratischen Sozialismus kann es normalerweise nicht um einen jähen, radikalen Umbruch der Eigentumsverhältnisse gehen, der benötigte Privatinitiativen abtöten, die Arbeitenden überfordern und erneutes Scheitern bewirken könnte. Ein Umbruch kann zum Zusammenbruch führen, der die Akteure zu Bruchpiloten macht. Wir können vielmehr daran anknüpfen, daß die spontane Bewegung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft an sich schon ein unbewußter und ungewollter Selbstaufhebungsprozeß mit potentiell sozialistischer Tendenz ist, jedoch noch in den Grenzen dieser Gesellschaft. Denn sie ist die höchste und letzte der sozialantagonistischen Ordnungen und zugleich schon deren erste Negation. Sie ist eine erste Übergangsform zum Sozialismus und also transitorischer Natur. In ihr gibt es z. B. Eigentumstypen wie die Genossenschaften und vieles mehr, was aufbewahrt und höher entwickelt werden kann. Ständig bringt die Herrscherklasse mit ihrer Profitjagd neue Voraussetzungen für eine höhere Zivilisation hervor, wenn auch nur in kapitalistisch pervertierten Formen und mit gezielt systemsichernden Einschränkungen versehen, wie z. B. im Bildungssystem. Zugleich generieren viele Menschen aber auch schon mancherlei Keime des Sozialismus, vor allem im geistig-kulturellen Bereich, wie z. B. in Gestalt der Open Data-, der Open-Source- und der Open-Content-Bewegung, aber auch in alternativen individuellen Lebensweisen und herrschaftsfreien Arbeits- und Lebensgemeinschaften. In alledem und in vielem mehr zeichnen sich die Konturen der Zukunft ab. Sie sollten aufmerksam studiert werden.¹

Es geht vor allem um eine schrittweise Aufhebung des Privateigentums von wenigen durch das individuelle und gemeinschaftliche Eigentum aller in vermutlich zahlreichen

¹ Wir sollten zu dieser Frage die anregenden Thesen von Dieter Klein «Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt», u. a. in: Brie, Chrapa, Klein «Sozialismus als Tagesaufgabe», Berlin 2002, nicht vergessen.

Formen und vielen Etappen. Als Startmodelle können die soziale Marktwirtschaft der 60er/70er Jahre, insbesondere der «schwedische Sozialismus» dienen. Es ist nicht wahr, daß der «moderne Wohlfahrtsstaat» nur an den Fordismus gebunden gewesen wäre und er im nachfordistischen Zeitalter inaktuell geworden ist. Neue technische Produktionsweisen wirken zwar auf viele Verhältnisse, auf Formen der Lohnarbeit und auf die Lebensweise ein. Doch die Verteilung des Nationaleinkommens ist ausschlaggebend von stabilisierten Kräfteverhältnissen in der herrschenden Klasse und zwischen allen sozialen Gruppen abhängig. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft wechselt immer wieder – hauptsächlich in Abhängigkeit vom Kräfteverhältnis – zwischen zwei Hauptformen: einem sozial rücksichtslosen «Manchesterkapitalismus», und einer zugeständnisbereiten Form, mit der die Bourgeoisie ihr Ansehen heben und sich sozialen Frieden sichern will. Hinter beiden Erscheinungsformen stehen zwei gegensätzliche Kapitalgruppen: Eine Gruppe, die ihre Profite vor allem weltweit zu steigern sucht und daher eher aggressiv nach außen und repressiv nach innen ist. Und eine überwiegend im Inland tätige Gruppe, die ihre hohe Abhängigkeit von der eigenen Bevölkerung begreift und ihre Bedingungen im Inneren verbessern möchte. Ein erneut erkämpfter «Wohlfahrtsstaat» könnte zur ersten Phase auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus werden.

Bei aller gebotenen Bedachtsamkeit, Gewaltlosigkeit und Vorsicht auf diesem Wege: Es muß aber in heutige konkrete Tagesaufgaben umgesetzt werden, den allmählichen reformrevolutionären Übergang zum demokratischen Sozialismus effektiv voranzubringen. Sonst könnten sich vielleicht auch manche linken Politiker von Chancen eines sofortigen Aufstiegs in hochdotierte Posten korrumpieren lassen und links blinkend rechts vom Weg abbiegen. Rote Haltelinien rechts, aber auch links des Weges mit seinen oft nötigen schwierigen Kompromissen können hilfreich sein. Wie wohl alle Parteien sollte auch die LINKE ihre Tabus definieren. Wer die Eigentumsfrage lösen will, kann ja wohl kaum eine Privatisierung von Gemeineigentum billigen. Eine höhere Zivilisation darf nicht etwa wieder zu einem hehren, fernen und vielleicht sogar unerreichbaren Endziel und zu einem axiologischen Wert erklärt werden, der dann eben nur moralischer Impetus unseres täglichen Strebens sein soll! Wem es ernst ist mit dem Marxschen kategorischen Imperativ, «alle Verhältnisse aufzuheben, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist» (1:380), der sollte die Lösung der Eigentumsfrage als unausweichlich begreifen. Heute muß jedoch zuallererst darum gekämpft werden, den neoliberalen «Sachzwang»-Terror gegen Arbeitende, Arbeitslose und Arme und das neoliberale Zerstörungswerk an der Volkswirtschaft und Zivilisation zu stoppen. «Empört Euch!» (Stéphane Hessel) Es ist die vorrangigste Aufgabe schon von heute, die Dominanz des Profits zu schwächen und Dominanz für konkrete Bedürfnisse der Menschen zu erstreiten.

Was verstehen wir also unter der Eigentumsfrage? Sie besteht in der Wiederherstellung der Identität von Arbeiten und Aneignen auf der Grundlage des individuellen und gemeinschaftlichen Eigentums an den Bedingungen materieller und geistiger Produktion. Wie immer und in welchen vielleicht noch unbekannt Typen und Formen die Eigentumsverhältnisse umgestaltet werden: Es muß sich um eine eman-

zipatorische, umweltverbessernde und volkswirtschaftlich effiziente Aufhebung jenes Privateigentums handeln, das Entfremdung, Ausbeutung und Herabsetzung von Menschen zu Subalternen impliziert.

BELEGSCHAFTSEIGENTUM – GRUNDTYP DER AUFHEBUNG DES GEGENSATZES VON ARBEITEN UND ANEIGNEN

«Wir setzen uns dafür ein, daß Belegschaften ohne Lohnverzicht an dem von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen beteiligt werden», skizziert der Programmtext einen allmählichen Übergang kapitalistischer Firmen in Belegschaftseigentum.

Die Verfasser der 13 Thesen des «Forums demokratischer Sozialismus» wenden ein: «Skeptisch sind wir gegenüber Modellen der Wirtschaftsdemokratie durch Belegschaftseigentum. Es spricht wenig dafür, daß sich die Belegschaftseigentümer anders als gewöhnliche Kapitalisten verhalten werden. (Sie werden die Interessen der Kernbelegschaften vertreten, den Lohndruck auf die Zulieferer erhöhen und zu Gunsten des Unternehmensgewinns auf Steuersenkungen drängen und sowohl ökologische als auch gesamtgesellschaftliche Erfordernisse ignorieren) (Werner 2010:3).»

In der Berliner Zeitung vom 28.10.10 pflichtet Maria Weber im Kommentar «Verantwortung für Wasser» bei: «Gegen die Romantisierung gesellschaftlichen Eigentums hilft die Erinnerung an Zeiten, als Strom und Wasser in kommunalen ... Händen lagen: Mißwirtschaft, Korruption, Verschwendung, personelle Über- und technische Unterausstattung, ökonomische und ökologische Verantwortungslosigkeit.»

Und Harry Nick meint in der ND-Kolumne vom 22.11.10 zu den jugoslawischen Betrieben in Arbeiterselbstverwaltung, sie seien sogar die Hauptursache für eine sehr hohe Arbeitslosigkeit und Inflation gewesen, indem sie Neueinstellungen zu vermeiden suchten und indem sie die Preise für ihre Produkte in die Höhe trieben. «Welches Interesse soll eine Betriebsbelegschaft an der Schaffung weiterer Arbeitsplätze auch haben, wenn ... sich mehr Beschäftigte in das verteilbare betriebliche Einkommen teilen müssen? Unvermeidlich auch das Interesse der Belegschaften an hohen Preisen ihrer eigenen Erzeugnisse, was einen Preissteigerungswettbewerb zur Folge hat.»²

In der Tat, diese Probleme gab und gibt es, und auch noch manche andere. Doch sind sie wirklich unlösbar?

Die oben zitierte Begründung von Werner setzt jedoch eine kapitalistische Wirtschaft mit wenig gezügelter Konkurrenz voraus, in der sich auch belegschaftseigene Betriebe systemadäquat verhalten müssen. Beim Übergang zum Sozialismus würde sie jedoch in eine Volkswirtschaft hinüberwachsen, die diesen Namen verdient, indem die einstige Profitdominanz immer mehr der gesellschaftlichen Bedürfnisdominanz untergeordnet wird und «die politische Ökonomie» der «sozialen Ein- und Vorsicht» (16:11) waltet. Firmen können per Gesetz, mit positiven und negativen Finanzsanktionen sowie mit staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle maßgeblich beeinflusst werden. Es würde dann nicht mehr

² Eine gute Gesamtdarstellung der Geschichte des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus findet sich bei Marie-Janine Calic «Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert», München 2010; Vierter Teil: Das sozialistische Jugoslawien (1945 bis 1980) und Fünfter Teil: Nach Tito (1980 bis 1991).

so leicht möglich sein, ökologische und soziale Erfordernisse zu ignorieren und Gewinne mit Preiserhöhungen sowie mit Lohnsenkungs- und Steuersenkungsdruck zu bewirken. So etwas folgt keineswegs unbedingt erzwingend aus dem Belegschaftseigentum, sondern vorwiegend aus Zwängen und Chancen der jeweiligen Wirtschaftsweise. «Mißwirtschaft, Korruption, Verschwendung, ... und Verantwortungslosigkeit» sprudeln nicht ursächlich aus dem Charakter von Kommunalbetrieben hervor, sondern aus dem Charakter der ökonomischen und politischen Verhältnisse, in denen sie verhaftet sind.

Es ist durchaus erreichbar, daß die Belegschaften ihre Interessen auf eine verantwortungsbewußte Nutzung ihrer Betriebe zugunsten der Gesellschaft richten, wenn sie gerade damit ihr Gewinninteresse realisieren können.

Es wäre beispielsweise möglich, den von Harry Nick angeführten betriebsegoistischen Preiserhöhungsdruck wenn nicht ohnehin schon auf dem Markt in der Konkurrenz mit gleichen Waren anderer Firmen, so spätestens dann zu paralysieren, wenn diese Betriebe ihre Preiskalkulationen vor Prüfinstanzen verteidigen müßten. So etwas gibt es ja auch schon in der Bundesrepublik.

Die zweiten Behauptung von H. Nick, wonach eine restriktive Einstellungspolitik selbstverwalteter Betriebe die Hauptursache für die angeblich vergleichsweise höchste Arbeitslosigkeit in Jugoslawien gewesen sei, wird in einer – auch auf langjährige Praxiserfahrung vor Ort gestützten – Studie von Gabriele Herbert nicht bestätigt. Sie bezeichnet die enorme Landflucht und die bis gegen 1975 sehr hohen Geburtenraten in Jugoslawien als Hauptgründe der relativ hohen Arbeitslosigkeit von 10–12, im Jahre 1981 genau 12,1 Prozent.³ Auch schon Herwig Roggemann stellte klar: «Es wäre unrichtig, diese Arbeitslosenziffer von immerhin rund 10 Prozent ... allein auf das Selbstverwaltungssystem zurückzuführen ... Systemimmanente Faktoren verstärken die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in Jugoslawien allerdings tendenziell.»⁴ Denn die Betriebe mußten für ihre Arbeitskräfte sehr viel höhere Abgaben leisten als für das fixe Kapital. Was aber abänderbar gewesen wäre! Außerdem dürfte sich kein Arbeiterrat Neueinstellungen allzu hartnäckig widersetzt haben, wenn ihm nachgewiesen werden konnte, daß sie zur Leistungs- und Gewinnsteigerung unumgänglich sind. Und das ist ein betriebswirtschaftlich berechtigtes Kriterium.⁵

Gegen einen überschießenden Betriebsegoismus könnten aber vielleicht auch schon eine Kombination von Gesellschafts- und Belegschaftseigentum hilfreich sein: Die Gesellschaft wird zum Eigentümer und die Belegschaften werden zu Besitzern der Betriebe, denen sie zur zeitlich unbegrenzten, völlig eigenverantwortlichen und gewinnbringenden Nutznießung mit der verbindlichen Auflage übergeben werden, verantwortungsbewußt am volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß mitzuwirken.

So etwa war das auch in Jugoslawien konzipiert. Sie wären aber auch als öffentlich-rechtliche Betriebe denkbar, die an die Belegschaften in dieser oder jener Form faktisch verpachtet werden.

Oft dürften aber Genossenschaften oder GmbHs optimal sein, in das die Mitglieder Anteile einbringen und gemeinsame Volleigentümer werden. In Jugoslawien waren die Kommunen oder die Regional- und Zentralorgane berechtigt, an der Auswahl der Kandidaten für die Betriebsdirek-

toerenposten maßgeblich teilzunehmen, die dann aber von den Belegschaften gewählt oder abgelehnt werden konnten. Gerade an volkswirtschaftlich besonders wichtigen Firmen könnten also vielleicht Orts-, Regional- oder Zentralverwaltungen auch Gesellschafteranteile innehaben, auf die sich ein strengbegrenztes Kontroll- und Vetorecht in volkswirtschaftlich wichtigen Fragen der Firmenstrategie begründen ließe? Es könnte ja vielleicht auch, ähnlich wie es wohl in den LPGen der DDR⁶ war, der von den Genossenschaftlern vorgesehene Hauptbuchhalter auf die Bestätigung durch ein Volkswirtschaftsorgan angewiesen sein, oder gar von ihm angestellt und zur Kontrollinstanz mit begrenzten Rechten in jedem Kollektivbetrieb werden.

Wie auch immer: Belegschaftseigene Betriebe müssen unbedingt jene Wiederherstellung des «individuellen Eigentums» in größeren und Groß-Betrieben sein, von der Marx sagte: «das kapitalistische Privateigentum ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt ... ihre eigene Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage ... der Kooperation und des Gemeinbesitzes der ... Produktionsmittel» (MEW 23:791, vgl. 20:262, 21:168). Und den Pariser Kommunarden bestätigte er: «Sie wollten das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel ... in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelten.» (17:342) Marx hatte erkannt, daß künftiges Gemeineigentum jedes Typs und jeder Form erst dann als solches funktionieren kann, wenn es in Gemeinschaft mit anderen auch als individuelles Eigentum gehandhabt werden muß.

Eine prinzipielle Skepsis gegen Belegschaftseigentum ist in einem Programm des demokratischen Sozialismus aber auch angesichts von weltweit zahllosen spontanen und keineswegs nur gescheiterten Belegschaftsversuchen in Vergangenheit und Gegenwart, Betriebe in eigener Regie zu betreiben, unangebracht.

Der von 1950 bis gegen Ende der achtziger Jahre praktizierte jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus, der in einem der rückständigsten Länder Europas unter denkbar schlechten materiellen und geistig-kulturellen Voraussetzungen entwickelte wurde, konnte über drei Jahrzehnte lang erprobt werden. Er scheiterte bei allen seinen Schwächen und Widersprüchen – nicht befriedigend organisiert werden konnte trotz verschiedener Versuche das widersprüchliche Wechselverhältnis zwischen eigenverantwortlichen Betrieben, Planung und Marktwirtschaft – aber eigentlich doch nicht – wie der «reale Sozialismus» – an sich selbst. Leider durften solche Belegschaftsbetriebe wie in Jugoslawien nicht auch in den fortgeschrittenen Industriestaaten ČSSR und DDR erprobt werden!

³ Gabriele Herbert «Das Einfache, das schwer zu machen ist. Selbstverwaltung in Jugoslawien. Ein Beispiel für die Probleme von Übergangsgesellschaften», Frankfurt/M 1982, S. 99 ff. ⁴ Herwig Roggemann «Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien Frankfurt/M 1970, S. 155–157. ⁵ Übrigens führte Wolfgang Soergel eine Arbeit von Harry Nick an, als er 1979 Kritikern aus der DDR vorwarf, «daß sie die Kopplung von Arbeiterselbstverwaltung und Markt nur zu gern aufgreifen, um sich ... nicht mit dem Konzept der Arbeiterselbstverwaltung auseinandersetzen zu müssen.» Diesen Eindruck habe ich auch heute noch, wenn ich Nicks Stellungnahmen zu Jugoslawien höre oder lese. Wolfgang Soergel «Arbeiterselbstverwaltung oder Managersozialismus?» München 1979, S. 15 und 300. ⁶ Zwar kann die «realsozialistische» DDR insgesamt kein Vorbild für einen demokratischen Sozialismus sein. Manche Regelungen – wie z. B. auch interessante Formen einer allmählichen Aufhebung des Privateigentums – dürften jedoch auswertbar sein.

Jugoslawien erreichte dank der von seinem Sozialismus-Projekt erzeugten relativ kräftigen Initiative zwischen 1953 und 1960 mit jährlich über 13 Prozent den weltweit höchsten Zuwachs der Industrieproduktion, noch vor Japan, und im folgenden Jahrzehnt mit über 8 Prozent zweithöchste Steigerungsraten, aber von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau aus und im vorwiegend extensiven Wachstum. Bis Mitte der 70er Jahre versechsfachte sich die Industrieproduktion und vervierfachte sich das Bruttosozialprodukt pro Kopf. Der materielle Lebensstandard war höher als in vergleichbaren «realsozialistischen» Balkanländern. Dazu trugen aber auch Kredithilfen des Westens, Überweisungen jugoslawischer Gastarbeiter im Ausland und auch der wachsende Tourismus in das Adrialand bei. Übrigens war das Warenangebot auch stabiler und vielseitiger, und die Bewegungs- wie Reisemöglichkeiten sowie die politischen Freiheiten waren erheblich größer als in der DDR.

Am Beispiel des jugoslawischen Selbstverwaltungs-Sozialismus sollen hier noch einige Erfahrungen mit inneren Problemen von Belegschaftsbetrieben skizziert werden. Denn vor allem innerhalb belegschaftseigener Betrieben entstehen heutzutage oft noch große Probleme.

Die Übergabe vorhandener und neuer Betriebe in Arbeiterselbstverwaltung wurde 1950 begeistert begrüßt. Die Belegschaften erkannten, daß sie zum aneignenden Arbeiten übergehen und sich vielleicht bald steigende Einkommen zuschreiben könnten. Obwohl zahlreiche Bauernsöhne hinzukamen, die ihren Großfamilien möglichst bald finanziell aushelfen sollten, herrschte unter den Arbeitern dennoch die Einsicht vor, daß man erst kräftig investieren muß, um mehr für sich zu erwirtschaften. Daher kam es anfangs zu einer wahren «Investitionsmanie», zu einer solchen Sturmflut von Investitionsaufträgen, daß ihr die Industrie nicht gewachsen war. An die 45 Prozent aller Arbeiter sollen zeitweilig auch BWL gepaukt haben, um sachkundig mitbestimmen zu können. Es gab auch recht viel Arbeitseifer, obwohl schwere und monotone Arbeit ermüdend und demotivierend ist, sodaß oft natürlich auch eine etwas zu «ruhige Kugel geschoben» wurde und es von den 70er Jahren an besonders in nichtproduktiven Bereichen auch sehr viel «nerad» (Nichtarbeit) gab. Stets nahmen die Mitarbeiter jedoch hochinteressiert an den Direktorwahlen und an Belegschaftsentscheidungen über Gewinnaufteilung, Löhne, Gehälter und Investitionen teil.

Doch je größer und moderner ein Betrieb ist, je mehr Mitarbeiter an seiner Leitung teilnehmen sollen, desto schwieriger wird es für sie, sich des Betriebes geistig und praktisch zu bemächtigen und ihre Eigentümerverantwortung dauerhaft und genügend kompetent wahrzunehmen.

Während es fast jedem Arbeitenden unabhängig von seiner Bildung leicht fällt, eine eigene kleine Privatfirma zu führen oder auch in einer ganz kleinen GmbH oder Genossenschaft als Eigentümer mitzuwirken, sind Großbetriebe für viele Beteiligte ein mit deren Größe sogar progressiv wachsender Anspruch.

Denn ein erstes und das eigentlich schwerwiegendste Problem für die Arbeiter und Angestellten war und ist ihre fehlende wissenschaftliche Qualifikation für die Beherrschung moderner Produktion sowie ihre unzureichende betriebs- und volkswirtschaftliche Bildung für die Leitung der Betriebe. Menschen mit Volksschulbildung, die vorwiegend an ein un-

mittelbar konkretes Denken in ihrer engeren persönlichen Arbeits- und Lebenspraxis und nicht auch mit weitem Horizont und auf Abstraktionshöhen gewöhnt sind, fällt es schwer, aus diesem Alltagsbewußtsein auszubrechen. Sie bleiben auf Fachleute angewiesen.⁷

Die Aneignung der modernen Produktionsmittel durch alle Arbeitenden kann aber erst dann vollendet werden, wenn jeder sie auch wissenschaftlich-technisch und betriebswirtschaftlich souverän beherrscht. «Die Aneignung einer Totalität von Produktionsinstrumenten ist schon deshalb die Entwicklung einer Totalität von Fähigkeiten in den Individuen selbst ... Bei allen bisherigen Aneignungen blieb eine Masse von Individuen unter ein einziges Produktionsinstrument subsumiert; bei der Aneignung der Proletarier müssen eine Masse von Produktionsinstrumenten unter jedes Individuum und das Eigentum unter Alle subsumiert werden,» schrieb Marx (3:68) Das ist eine Aufgabe von langer Dauer, deren Lösung aber sofort eingeleitet werden kann.

Eine dauerhafte Lösung der Aufgabe, allen Menschen den vollen Zugang zur geistigen Menschheitskultur, also zur Universitätsbildung oder zu einem der Hochschulbildung adäquaten geistigen Niveau und somit zur intellektuellen Selbstverwirklichung zu ermöglichen, muß jedoch schon im Kindergarten eingeleitet werden und dürfte Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Hierbei müßten vor allem alle Kinder aus bildungsfernen Familien so betreut werden, daß sie den Sprung vom lebenspraxisverhafteten Alltagsbewußtsein zur Intellektualität bewältigen und das als beglückende geistige Selbstbefreiung erfahren.

Infolgedessen konnte also zweitens in Jugoslawien aber auch die Subalternität der Eigentumslosen, eine seit Generationen übertragene Tradition, die auch in der fortbestehenden Trennung von leitender und ausführender sowie von geistiger und körperlicher Arbeit ihre Grundlage hat, selbstverständlich nicht sofort überwunden werden. Viele eigentumslos Arbeitende haben ihre Gewohnheit, Handlungsanweisungen, Anleitungen und Befehle zu befolgen, sogar so tief verinnerlicht, daß sie oft regelrecht darauf warten und verlangen, reglementiert zu werden. Und die fachliche, kulturelle und rhetorische Überlegenheit der Manager und deren Imponiergehabe machen sie immer noch glauben, daß das so sein und bleiben müsse.

Spontan überließen also zahlreiche Arbeiter in vielen Betrieben das ganze Regiment, also auch die Wahrnehmung ihrer eignen Rechte und Pflichten, nach und nach faktisch den von ihnen gewählten Direktoren und Managern, die diesen Pflichtzuwachs zwar mitunter beklagten, aber gar nicht ungern auf sich nahmen. Das war und ist ein drittes Problem. Denn es entspricht ja andererseits auch dem traditionellen Anspruch von Fachleuten, Managern, Beamten, Funktionären und Politikern, eine geachtete Stellung zu haben, Leitungsmacht auszuüben, Privilegien zu genießen und über Einkommen zu verfügen, die ihnen ein kultiviertes Leben in der Schicht der Bessergestellten erlauben. Eifersüchtig möchten viele auf ihrer abgehobenen Stellung bestehen, ohne zu ahnen, daß ihre eigene Persönlichkeitsentfaltung heute aber bereits am Entwicklungsstand der «breiten Masse» ihre Grenzen findet.

⁷ Siehe dazu auch: Ernest Mandel (Hg.) «Arbeiterkontrolle Arbeiterräte Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie», Frankfurt/M 1971, S. 355–359.

Jugoslawische Manager entwickelten z. B. auch manche Verfahrenstricks, um die wenig sachkundigen Belegschaften gerade jene Betriebsentscheidungen fällen zu lassen, die sie vorgefaßt hatten und die für sie selbst am vorteilhaftesten waren. Doch bei Belegschaftsbeschlüssen über Löhne und über Gehaltshöhen für Direktoren und Manager ließ sich nicht tricksen. Also ersann man z. B. eine zusätzliche Projekthonorierung: Abgrenzbare Aufgaben, die eigentlich zur normalen Arbeit der Leitungskräfte gehören sollten, wurden herausdefiniert und zu Projekten erklärt, deren Erledigung extra honoriert werden mußte.

Nicht gering war im rückständigen Jugoslawien mit dem traditionellen bornierten Standesdünkel in den Mittelschichten übrigens auch die meist schweigende Empörung über die Subordination des Managements unter die Entscheidungsmacht von unqualifizierten Arbeitern und Angestellten. Jedesmal, wenn es zu größeren Problemen im Lande kam, wagten es Manager und Beamte, das dann aber auch offen auf die Arbeiterselbstverwaltung zurückzuführen und

die Aufweichung dieses Systems zu fordern. Oft kam es zu Konflikten zwischen Management und Belegschaft und zu spontanen Streiks.

An solchen und ähnlichen Problemen würde also noch zu arbeiten sein. Meine eigenen Gedanken über ihre Lösung können selbstverständlich nur sehr vage und recht fragwürdig sein. Die Zukunft läßt sich nicht festlegen.

Alles in allem geht es aber letztendlich darum, daß die Gesellschaft eine ihrer Herrschaft mehr und mehr entglittene, weil vom großen, ausbeuterisch tätigen Privateigentum dominierte Volkswirtschaft allmählich wieder unter ihre Kontrolle nimmt. Über der Biosphäre auf unserem Erdball, in der das Menschengeschlecht lebt, muß nun endlich auch eine menschengerechte Noosphäre (im Sinne Wernadskis) aufgespannt werden. Die Digitalisierung in allen Lebensbereichen der entstehenden Weltgesellschaft, die ganz neue, großartige «Möglichkeiten demokratischer Öffentlichkeit und Kontrolle mit Hilfe des Internets» (Halina Wawzyniak) schafft, könnte ihre materiell-technische Basis werden.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de